

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Gleich-Duzender).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 59.

Berlin, Sonnabend, 23. Juli 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Bedeutung der Organisation. — Neunter Delegiertentag des Gewerksvereins der Deutschen Töpfer und verw. Berufe. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeitung. — Verbands-Zeitung. — Literatur. — Briefkasten. — Anzeigen.

Die Bedeutung der Organisation.

Im Mittelpunkt der Beratungen unseres letzten Verbandstages stand die Frage der Reform des Arbeitsrechts. Nach dem glänzenden Vortrage des Abgeordneten Dr. Fleisch sprach sich der Verbandstag dahin aus, daß er in der Forderung der Umwandlung des Arbeitsverhältnisses aus dem Gewaltverhältnis, das es heute ist, in ein Rechtsverhältnis das wichtigste Prinzip für die gesamte Tätigkeit der Gewerksvereine erblickt. Wir werden uns also in der nächsten Zeit in unserer Presse wie in unseren Versammlungen eingehend mit der Frage beschäftigen, und der in aller nächster Zeit als Broschüre erscheinende Vortrag des Herrn Dr. Fleisch wird eine gediegene Grundlage für die Erörterungen geben.

Einen interessanten Beitrag dazu liefert aber auch ein Aufsatz „Die Konstitution im Fabrikbetriebe“, den Dr. Georg Sydow im „Thürmer“ veröffentlicht. Namentlich die Ausführungen über das Wesen und die Bedeutung der Organisationen erscheinen uns so bemerkenswert, daß wir die wesentlichsten Ausführungen unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. Der Verfasser weist zunächst darauf hin, daß die heutige Gestaltung des Großbetriebes doch mehr und mehr der Konstitution im Leben des Verfassungsstaates nahe gekommen sei. Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern habe sich in jüngerer Zeit zugunsten der Arbeiter verschoben.

„Diese Verschiebung des Machtverhältnisses ist eine Folge der Koalition. Der einzelne Arbeiter war nichts, die Vereinigung der Arbeiter ist eine Macht. Der Arbeiter ist der alleinige Besitzer der Ware Arbeitskraft, die der Arbeitgeber braucht. Solange der Arbeiter unorganisiert war, wurde diese Ware regellos angeboten und war meist im Ueberangebot vorhanden; infolgedessen bestimmte der Arbeitgeber in erster Linie ihren Preis. Die Macht der Organisation liegt darin, daß sie das Angebot der Ware Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt reguliert, eventuell das Angebot zurückhält oder ganz unterbindet und dadurch den Arbeitgeber zwingt, die Ware zu teureren Preisen zu kaufen als bisher, d. h. höhere Löhne zu zahlen. War früher der einzelne Arbeiter gegenüber dem Arbeitgeber, so ist jetzt der einzelne Arbeitgeber gegenüber der Koalition der Arbeiter machtlos; denn läßt er den Betrieb ruhen, weil er den Forderungen der Arbeiter nicht nachgeben will, so produziert indessen sein Konkurrent weiter, verdrängt ihn vom Markt und nimmt ihm die Existenz. Infolgedessen muß er nachgeben und höhere Lohnforderungen bewilligen. Was heute ihn trifft, ereilt morgen seinen Konkurrenten. Aus seinem Schaden lernt dadurch der Arbeitgeber erkennen, daß ebenso wie der Arbeiter auch er ein Interesse an der Koalition hat, daß der Arbeiterorganisation die der Arbeitgeber gegenübertritt.“

Von diesem Zeitpunkt an tritt das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiterschaft in ein neues Stadium. An die Stelle der häufigen Kämpfe tritt ein Friede mit Gewehr bei Fuß. Beide Lager kennen ihre eigene Stärke und achten die des Gegners. Ein Kampf bedeutet jetzt für beide Teile eine tiefe wirtschaftliche Erschütterung, sein Ausgang ist ungewiß. Von selbst ergibt sich der Versuch, Streitfragen zunächst im Wege einer Ansprache zwischen Bevollmächtigten beider Organisationen aus der Welt zu schaffen. Löhne, Arbeitszeiten und sonstige aus dem Arbeitsverhältnis entstehende Fragen werden durch Vertrag geregelt. Es entstehen die Tarifverträge, die in mehr oder weniger fortgeschrittener Form für einen kleineren oder größeren Teil eines Gewerbes eine Norm für alle Fragen des Arbeitsvertrages festlegen, und für deren Wahrung sich die eigenen Organisationen einsetzen.“

Darin erblickt Dr. Sydow den Uebergang vom Absolutismus zur Konstitution. Der Arbeitgeber setzt nicht mehr willkürlich die Bedingungen des Arbeitsvertrages fest, sie werden ihm auch nicht durch eine Arbeiterkoalition abgezwungen, sondern der Arbeitgeber erkennt die Berechtigung der von den Arbeitern gewählten Vertretung an, bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen mitzusprechen. Darin liegt die Anerkennung der Gleichberechtigung, die es möglich macht, für eine bestimmte Zeitdauer die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. Um den Frieden im Gewerbe und die Durchführung der vereinbarten Abmachungen zu sichern, werden dann noch Kommissionen oder Schiedsgerichte geschaffen, die bei Streitfragen aus den tariflichen Abmachungen zu entscheiden haben. Darin, daß in diesen Schiedsgerichten Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Anzahl sitzen und Recht sprechen sowohl über den Arbeiter wie über den Arbeitgeber, erblickt der Verfasser die fortgeschrittenste Form des gewerblichen Konstitutionalismus.

Auch im Einzelbetriebe habe das konstitutionelle Prinzip Eingang gefunden in den Arbeiterausschüssen, die allerdings weder ihrer Zusammensetzung, noch ihrer Verbreitung nach befriedigend seien. Um die Wirksamkeit der Arbeiterausschüsse zu fördern, wird verlangt, daß die Organisationen sich hinter die Arbeiterausschüsse stellen und ihre Beschlüsse stützen.

Wenn Verträge gegen Entschädigungen des Arbeiterausschusses in gleicher Weise behandelt werden wie solche gegen die Gehege der Organisation, und wenn den Betriebsangehörigen dies bekannt ist, so erweist damit die zurzeit faktische Garantie für das Weistehen und das erfolgreiche Wirken des Ausschusses gegeben. So macht die Organisation auch hier ihren Einfluß geltend, und zwar in dem Sinne, Streitfragen im Wege der Aussprache zu beseitigen, wo selber entweder eine widerspruchsvolle Unterordnung der Arbeiter stattfand oder aber ein Arbeitsstopp ausbrach, der beiden Teilen Schaden schlug.

Diese Entwicklung läßt auch die Aussichten der Arbeiterausschüsse für die Zukunft günstiger erscheinen. Als zuerst der Gedanke auftauchte, die Arbeiter in gewissen Fragen des Arbeitsvertrages zur Beratung mit heranzuziehen, waren mit geringen Ausnahmen beide Teile noch nicht reif, diesen Gedanken zu verwirklichen. Der Organisation ist hier der Fortschritt zu danken. Sie hat zuerst den Arbeiter zur Disziplin erzogen. Der Wille der Organisation ist ein Gesetz, das kein Arbeiter zu durchbrechen magt, darin ist die Organisation ein Vertragsfaktor geworden, der für die Innehaltung seiner vertraglichen Abmachungen einstehen kann. Die Bildung starker Organisationen hat aber auch den Arbeitgeber daran gewöhnt, in Fragen mit den Arbeitern zu verhandeln und über Dinge mit ihnen vertragliche Abmachungen zu treffen, in denen er früher das alleinige Entscheidungsrecht für sich in Anspruch nahm. Der konstitutionelle Gedanke, die Bereitwilligkeit, die Wünsche der Arbeiter zu hören, mit ihnen über ihre Forderungen zu verhandeln, ist heute weit vorgeschrittener, als dies vor zwei bis drei Jahrzehnten, wo Arbeiterausschüsse zuerst befürwortet wurden, der Fall war. Darum werden diese auch bei gleichbleibender Entwicklung der Dinge von selbst immer mehr Eingang in großen Betrieben gewinnen, wenn auch die Entstehungsform eine verschiedene sein mag. Je umfassender die Organisationen werden, je mehr ein freibeitliches Koalitionsrecht den Zusammenschluß von Arbeitgebern und Arbeitern fördert, desto mehr wird auch das Verlangen wachsen, durch Verhandlungen und Verträge Lohn- und Arbeitsbedingungen für längere Dauer zu regeln, desto selbstverständlicher wird es werden, die Arbeiter in einschlägigen Fragen zur Mitberatung heranzuziehen.“

Man kann sich beim Durchlesen des ganzen Aufsatze des Eindruckes nicht erwehren, daß der Verfasser die Dinge etwas zu optimistisch ansieht. Trotz allem besteht seine Würdigung der Organisation durchaus zu Recht. Es wäre nur zu wünschen, daß recht viele Zudifferente diese Ausführungen lesen. Manchem von ihnen würden dadurch doch

die Augen geöffnet werden. Deshalb ist es Pflicht unserer Kollegen, dafür zu sorgen, daß immer mehr Aufklärung über den Wert und den Nutzen der Organisation in die großen Massen der unorganisierten Arbeiter hineingetragen wird, und dabei können obige Ausführungen nur nützlich sein. Die Konstitution im Fabrikbetriebe ist ein Ziel, nach dem die Deutschen Gewerksvereine ihren Anschauungen gemäß von jeher gestrebt haben. Um so größer ist die Verpflichtung unserer Mitglieder, dieses Ziel näher zu bringen. Das kann nur geschehen durch die Stärkung derjenigen Organisation, die in der Lage ist, alle Arbeiter unter ihrem Banner zu sammeln, das sind die religiös neutralen und parteipolitisch unabhängigen Deutschen Gewerksvereine.

Neunter Delegiertentag des Gewerksvereins der Deutschen Töpfer und verw. Berufe.

Bitterfeld, 20. Juli 1910.

Im Saale des hiesigen Hotels zur „Stadt Berlin“ wurde am Sonnabend, 16. Juli, der Delegiertentag durch den Vorsitzenden Karl Müller eröffnet. Von den 20 gewählten Abgeordneten waren 18 erschienen. Es waren dies Wegel und Westphal-Bitterfeld, Wenzel-Niemegk, Quilisch und Ringner-Golzweißig, Frenzel-Dresden, Schmidt-Dos (Waden), Pohl-Welten, Veith-Katzenow, Brauer-Berlin, Rieger-Sprottau, Rückert-Frankfurt, Rauch-Waldenburg, Gerber-Freiburg, Monden-Löwen, Lubbe-Uedermünde, Zimmermann-Danzig, Sparmann-Grünau und Bernsdorf-Jägerhof. In das Bureau wurden gewählt zu Vorsitzenden Rieger-Sprottau und Rauch-Waldenburg, zu Schriftführern Quilisch-Golzweißig und Lubbe-Uedermünde. Der Verband der Deutschen Gewerksvereine war vertreten durch seinen Vorsitzenden, Kollegen Karl Goldschmidt. Der Vorversammlung schloß sich ein Kommerz an.

Die Hauptversammlung wurde am Sonntag, 17. Juli, vormittags 9 Uhr, durch den Vorsitzenden Rieger eröffnet, der die Delegierten und den Vertreter des Verbandes herzlich begrüßte. Verbandsvorsitzender Goldschmidt entbot die Grüße des Zentralrats und der Verbandsleitung und wünschte den Verhandlungen einen glücklichen Erfolg. Generalsekretär Lange erstattete darauf den Bericht über die Tätigkeit des Gewerksvereins für die Zeit von 1907 bis 1910. Der letzte Delegiertentag habe in Danzig stattgefunden zu einer Zeit, wo die Kollegen in einem Tarifkampfe gestanden hätten. Nach achtwöchentlicher Dauer sei dieser Kampf erfolgreich beendet worden. Der Redner schilderte nun die verschiedenen Lohnbewegungen, die der Gewerksverein selbständig oder in Verbindung mit der anderen Organisation geführt hat. Es seien hierbei Lohnverbesserungen von 5 bis 18 Prozent erzielt worden. Der größere Teil der Fälle habe sich in friedlicher Verständigung erledigen lassen. Sarte Kämpfe aber seien leider notwendig gewesen, um die Anerkennung des Gewerksvereins durchzusetzen. Mehrfach hätten sich die Anhänger der sozialdemokratischen Organisation geweigert, gemeinsam mit den Gewerksvereineren Tarifverträge abzuschließen. Solche Kämpfe schaden nur der Arbeiter Sache, und es sei deshalb in hohem Maße bedauerlich, daß das unduldsame Verhalten der Gegner diese überhaupt notwendig mache. Hoffentlich werde es in Zukunft damit besser stehen. Zu beklagen sei auch, daß die an Lohnbewegungen beteiligten führenden Kollegen

nicht regelmäßig und pünktlich Bericht erstatteten. Es sei unbedingt notwendig, daß täglich eine wenn auch nur kurze Mitteilung bei dem Hauptvorstand eingeht. Wenn die Schriftführer hierbei pflichtgemäß handelten, dann würde es auch möglich sein, die Statistik lückenfrei zu gestalten.

Die letzte Versammlung habe viel Arbeitslosigkeit gebracht. Es sei jedoch möglich gewesen, den Mitgliederstand von 1907 aufrecht zu erhalten, und jetzt gehe es erfreulicherweise wieder aufwärts. Die Berufskennung wurde, dem Beschlusse des vorigen Delegiertentages gemäß, streng durchgeführt. Der Gewerbeverein hat in den letzten drei Jahren insgesamt 110 000 Mark an Unterstützungen bezahlen können.

In der gründlichen Diskussion über den ausgezeichneten Bericht, bei welcher sich zeigte, daß der Gewerbeverein eine ganze Anzahl tüchtiger Redner aufzuweisen hat, wurde noch vielfach über das Verhalten der sozialdemokratischen Gegner den Gewerbevereinen gegenüber Klage geführt. Im Töpfergewerbe gehören vielfach auch die Arbeitgeber, zumeist kleine Unternehmer, der Sozialdemokratie an. Daraus erkläre es sich, daß in Dresden die Arbeitgeberorganisation diejenigen Mitglieder ausgeschlossen habe, die Gewerkevereiner beschäftigten. Infolge dieses gegängigen Vorgehens seien die Gewerkevereiner von Unternehmern und den gegnerischen Gehilfen verfolgt und von den Arbeitsplätzen immer wieder verdrängt worden. Die Kollegen wehrten sich selbstverständlich und trügen diese Leiden in der Überzeugung, einen guten Kampf zu kämpfen.

Den Kassenerbericht erstattete recht überflüssig Hauptkassierer Schröder, der darauf aufmerksam machte, daß das Gesamtvermögen des Gewerbevereins und der Hilfskassen zwar verhältnismäßig hoch sei, denn es betrage 110 528,94 Mark; die Gesamtausgabe der letzten drei Jahre habe 155 341,44 Mark betragen. Inzwischen habe sich das Vermögen gegenüber von 1907 durch die hohen Ausgaben für Arbeitslosigkeit und Lohnkämpfe, wie auch für die Abteilung II in der Hilfskasse vermindert. Eine mäßige Beitragserhöhung werde sich jedenfalls in den beiden oberen Stufen der Gewerbevereinsbeiträge nötig machen. Den beiden Beamten wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Am Nachmittag hielt Herr Barschid-Sibdesheim einen Vortrag über „Die Verlegung des Töpfergewerbes durch den heiztechnischen Ausbau des Kachelofens“. Der Kachelofen sei lange Zeit durch Meister und Gesellen vernachlässigt worden. Die Meister hätten schlechtes Material verwendet, und die Gesellen hätten es an dem gehörigen inneren Ausbau des Ofens fehlen lassen. Auf diese Weise entstanden Leuten, die auch in geheiztem Zustande noch als Kühlräume hätten Verwendung finden können. Die Schäden zu beheben, habe sich in München eine heiztechnische Kommission gebildet, die aus Meistern und Gesellen unter Singunahme tüchtiger Heiztechniker bestehe. Die Anregung hierzu sei vom Zentralverband der Töpfer gekommen. Diese Anregung aber bedeute eine praktische Anerkennung der Gewerbevereinsaufassung, daß es, wie sich hier wieder zeige, wichtige gemeinsame Interessen für Unternehmer und Arbeiter gebe. Die Kommission habe bereits sehr erfolgreich gearbeitet. Es sei nicht zweifelhaft, daß die Gewerbevereiner diese Bestrebungen unterstützen würden. Der Kommission sei die Mitarbeit des Gewerbevereins dringend erwünscht. Ein energisches Zusammenarbeiten auf diesem Gebiete und mit tüchtigen Leistungen werde erwirken, der Kachelofenheizung als einer behaglichen und billigen Erwärmung der Wohnräume von neuem den ersten Platz zu erobern. Im Interesse der Volksgesundheit wie auch des Töpfergewerbes könne dies nur dringend gewünscht werden. In der Diskussion wurde die Beteiligung des Gewerbevereins an der Errichtung von heiztechnischen Kommissionen zugesichert, ebenso eine angemessene Beteiligung an den Kosten. In diesem Sinne fand dann auch eine Resolution einstimmige Annahme.

Es folgte ein gut durchdachter Vortrag von Rieger-Sprottau über die Regelung des Arbeitsnachweises. Redner nahm scharfe Stellung gegen den Mißbrauch des Arbeitsnachweises sowohl seitens gewisser Unternehmer wie auch seitens der gegnerischen Organisation. Die Verhandlungen über diesen Gegenstand endeten mit der Annahme einer Resolution, in welcher die Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises, der seinen Sitz in Bitterfeld haben soll, vom Generalrat gefordert wurde. Dem Zentralverband soll hiervon Mitteilung gemacht werden mit dem Ersuchen, von ihm geführte Lohnbewegungen der Zentralarbeitsnachweisstelle sofort anzuzeigen, damit in solchem Falle die Vermittlung von Arbeitskräften unterbleibt.

Es folgten weitere eindrucksvolle Vorträge von Kaufmann-Waldenburg und vom Generalsekretär Lange über die Agitation. Sowohl die Vorträge wie auch die nachfolgende Diskussion gaben manchen Fingerzeig für eine erfolgreiche Arbeit zur Ausbreitung des Gewerbevereins. Es empfiehlt sich dringend, dies im Protokoll nachzulesen.

Die Verhandlungen über die Anträge zum Statut brachten keine erheblichen Veränderungen. Die Beiträge wurden festgesetzt auf 15, 25 und 40 Wfg. pro Woche. Je nach Höhe des Beitrags und der Länge der Mitgliedschaft beträgt die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit 4 bis 9 Mark pro Woche, bei Streiks und Ausperrungen 6 bis 10,50 Mark und für jedes Kind unter 14 Jahren noch eine Unterstützung von 50 Wfg. pro Woche.

In der Kranken- und Begräbniskasse, die jetzt als eine einheitliche Kasse verwaltet wird, wurden wesentliche Änderungen nicht vorgenommen. Sowohl die Beiträge wie auch die Leistungen wurden in der bisherigen Höhe beibehalten.

Zum Vorsitzenden des Gewerbevereins wurde wieder gewählt der Kollege Müller, ebenso als Generalsekretär der Kollege Lange und als Hauptkassierer der Kollege Schröder. Zu Verbandstagsabgeordneten wurden Lange und Müller gewählt und zum Vertreter des Gewerbevereins im Zentralrat der Kollege Schleh vom Berliner Ortsverein. Das Organ des Gewerbevereins „Der deutsche Töpfer“ soll vom 1. Januar 1911 im Format des Verbandsorgans „Der Gewerbeverein“ erscheinen. Die nächste Generalversammlung findet 1913 in Berlin statt.

Der ausgezeichnet verlaufene Delegiertentag konnte daraufhin am Mittwoch nachmittag gegen 5 Uhr durch Rieger geschlossen werden mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Gewerbeverein und den Verband der Deutschen Gewerbevereine.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 22. Juli 1910.

Die über die Neuregelung der Sonntagsruhe verbreiteten Meldungen, die auch wir in unserer letzten Nummer gebracht haben, sollen unzutreffend sein und rein auf Kombination beruhen. Eine endgültige Entscheidung über die Regelung der Frage sei noch an keiner amtlichen Stelle erfolgt. Deshalb sei es auch gänzlich ausgeschlossen, schon heute irgend welche zutreffenden Mitteilungen über die künftige Gestaltung eines Entwurfs zu machen, über dessen Einzelheiten noch nichts feststeht. Es wird dann weiter erwähnt, daß „die Regelung der Sonntagsruhe bereits seit längerer Zeit an den zuständigen Stellen erwohnen wird“, aber wegen der starken Inanspruchnahme des Reichsamts des Innern mit anderen sozialpolitischen Fragen noch nicht zu einem Abschluß gebracht werden konnte.

Hoffentlich ist das Stadium der „Erwägungen an den zuständigen Stellen“ bald überwunden, damit die Handelsgestellten nun endlich in den Genuß einer schon seit Jahren in Aussicht gestellten wirklichen Sonntagsruhe kommen. „Was lange währt, wird gut.“ Hoffentlich bewahrheitet sich das Sprichwort auch in diesem Falle!

Wie bereits in der Nr. 58 des „Gewerbeverein“ mitgeteilt wurde, ist der Kampf im Kreise Hagen-Schwelm beendet. Die Beratungen, die am Freitag, den 15. Juli, im Rathause zu Hagen stattfanden, beschränkten sich zum überwiegenden Teil auf den Versuch, eine Wilderung an den Bestimmungen über den Arbeitsnachweis herbeizuführen. Von Arbeitgeberseite wurde zugestanden, daß der § 14 des Arbeitsnachweises eine Änderung insofern erfahren sollte, als die Beschränkungskommission aus einem vom Regierungspräsidenten zu ernennenden unparteiischen Vorsitzenden und zwei Arbeitgebern bestehen sollte. Die Bemühungen der Organisationsvertreter, in diese Beschränkungskommission auch Arbeiter hineinzubekommen, glückten nicht. Trotzdem verpflichteten sich die Arbeitgebervertreter am Schlusse der Verhandlungen, die bis in die zehnte Stunde hinein dauerten, mit Rücksicht auf die vielen Unorganisierten den Arbeitern in sachlicher Weise über die Verhandlungen zu berichten und deren Entscheidung herbeizuführen. Diese Versammlungen haben dann in allen Orten am Sonnabend und Montag stattgefunden. Die Unorganisierten haben getrennt abgestimmt. Bei der Abstimmung der Unorganisierten zeigte es sich, daß sich noch keine 3000 an der Abstimmung beteiligten, während 15 000 Arbeiter den Versammlungen fernblieben und über ihre Stellungnahme zu den Verhandlungen nichts kundgaben. Die Organisationen haben

dann besondere Versammlungen einberufen und in diesen Versammlungen sich den Ernst der Situation vor Augen geführt. Auch die Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter von Hagen und Umgebung waren am Sonntag nachmittag in Hagen versammelt und haben an ihrem Standpunkt festgehalten, den Zwangsarbeitsnachweis im Prinzip zu verwerfen und die gepflogenen Vergleichsverhandlungen als ungenügend zu verwerfen. Gleichzeitig wurde aber dem Gewerbevereinsführer Vollmacht erteilt, nach Lage der Sache selbständig zu handeln. Der Kollege Schumacher hat aber ausdrücklich die Verantwortung für diese schwere Last abgelehnt und erklärt, daß die Schultern der Vertrauensmänner an dieser Last mittragen müssen. Diese Vertrauensmännerprüfung hat dann am Montag nachmittag um 3 Uhr stattgefunden. Alle Ortsvereine, mit Ausnahme des Ortsvereins Schwelm der Maschinenbauer, der durch ein unglückliches Verhängnis zu spät in den Besitz der Einladung gelangte, waren auf dieser Konferenz vertreten und haben mit einer seltenen Einmütigkeit erklärt, dem Abbruch des Kampfes zuzustimmen. In den einzelnen Versammlungen, die dann von seiten der Maschinenbauer abgehalten wurden, erklärten sich die Mitglieder auf Grund der Tatsachen, die oben geschildert wurden, damit einverstanden. Sie erkannten die Vereinbarungen für recht an und haben sich auch auf Grund dieser Tatsache wieder zur Arbeit gemeldet.

Wir können mit Recht behaupten, daß es keinen Sieger und keine Besiegte in diesem Kampf gegeben hat, daß die Arbeiter aller Organisationen mit einer seltenen Einmütigkeit zusammenstanden, um für ihre Interessen und die wirtschaftliche Freiheit zu kämpfen. Wenn sie jetzt ebenso geschlossen vom Kampfplatz abtreten, dann tun sie das mit dem Bewußtsein, ihre ganzen Kräfte zu sammeln, um die großen Bestrebungen der Gewerbevereine zur Durchführung zu bringen, daß die Erzeugnisse der Kultur auch im Interesse der Arbeiter verwandt werden müssen.

Neue Dokumente für den „Segen“ der Finanzreform. Die Handelskammer zu Posen, in deren Gebiet die Tabakindustrie und die Zigarrenfabrikation stark vertreten sind, stellt in ihrem Jahresbericht fest:

„Das Ergebnis des Jahres 1909 gab zu Klagen Anlaß in den Brauereien, Likör- und Zigarrenfabriken, die durch die Reichsfinanzreform stark belastet wurden. Nach einer kurzen Blüte des Geschäftes vor dem Inkrafttreten der neuen Steuergeetze, veranlaßt durch das Weitreden der Abnehmer, sich noch zu den bisherigen Preisen mit Ware zu versorgen, trat nachher besonders in der Zigarrenindustrie eine völlige Stagnation ein. Es ist zwar verstrickt, schon jetzt ein Urteil darüber abzugeben, welche Tragweite die neuen Steuerbelastungen für die betroffenen Industriezweige auf die Dauer haben werden, soviel ist aber gewiß, daß die Steuern diese Industrien einstweilen in ihrer Entwicklung hemmen, weil die Belastungen, welche ihnen auferlegt sind und welche sie um ihrer Existenz willen abwälzen müssen, Erhöhungen der Preise ihrer Fabrikate bedingen. Die in Betracht kommenden Industriezweige können berechtigterweise erwarten, daß sie nunmehr vor weiteren Steuerprojekten und Steuergeetzen bewahrt werden.“

Und die Schweidnitzer Handelskammer berichtet:

„Namentlich in der Zündwarenfabrikation haben sich die Verhältnisse überaus verschlechtert, da neue Aufträge sehr schwer zu erreichen sind. Kunden, die früher 10 bis 30 Rufen oder auch ganze Kubungen kauften, beziehen jetzt eine höchstens zwei Rufen. Bei dem hohen Steuerfusse von 150 M für die Rufe wird die Anschaffung von Lagerbeständen vermieden und nur von Woche zu Woche gekauft, um nicht viel Geld in die Ware zu stecken. Es haben sehr viele Arbeiterentlassungen stattgefunden und statt an drei bis vier Tagen in der Woche gearbeitet, auch hinsichtlich des Destillationsgewerbes haben sich die Verhältnisse voll und ganz erfüllt. Der Bedarf ging weiter zurück, trotzdem die Verjorgung der Galtnierte aufgebracht ist. Als hauptsächlichste Ursache hierfür gilt die erhöhte Branntweinsteuer, doch kommen auch weiterhin in Betracht die Abstinenzbewegung und der Branntweinboykott.“

So kommt eine Handelskammer nach der anderen, um über die unheilvollen Wirkungen der Finanzreform Klage zu führen, die unter der Mitwirkung christlicher Gewerkschaftsführer zustande gekommen ist. Neben der Verteuerung von Bedarfsgegenständen und Genussmitteln sind Arbeitslosigkeit in den betroffenen Industriezweigen die Folge gewesen. Dafür haben wir zahllose Beweise erbringen können, so daß wir dieses traurige Kapitel hiermit abschließen können, umso mehr da die Arbeiter die Wirkungen dieser Finanzpolitik an ihrem Geldbeutel deutlich genug verspüren.

Arbeiterbewegung. Die Aussperrung der Schuhfabrikarbeiter in Tullingen ist nach zweiwöchentlichem Kampfe beendet worden. Den Arbeitern wurden Zugeständnisse bezüglich der Arbeitszeit und auch der Extrazugung der Lohndunden gemacht. — In Mainz haben die Dachdecker die Arbeit eingestellt, da ihre Bemühungen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen vergeblich waren. — Der Streik der Säbner und Koffermacher in der Reißeffektenfabrik von Arnade in Gölrik-Moys dauert fort, da die Firma jede Verhandlung mit der Organisation scharf ablehnt. — In der Zellulosewarenfabrik von Gebr. Wolff in Nürnberg, wo im vergangenen Jahre ein schwerer Kampf stattfand, ist es erneut zum Streik gekommen, da die Firma bestreift ist, die Hauptbeteiligten am vorjährigen Kampfe allmählich abzuschließen. — In der Schuhfabrik von Gustav Klemm in Dels (Schles.) sind Differenzen ausgebrochen. Da die Firma in verschiedenen Blättern Arbeitskräfte sucht, werden die Arbeiter auf den Konflikt aufmerksam gemacht. — Die Vautischer in Stuttgart haben einen Tarifvertrag durchgesetzt, der ihnen eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine entsprechende Lohnerhöhung bringt. Für Überstunden werden 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag gewährt. — Wie wir bereits mitteilten, sind in Padana die Schuharbeiter und -Arbeiterinnen in den Streik getreten. Die Firma Medinger in Unterliederbach bei Höchst a. M. wollte nun Streikarbeit anfertigen lassen, was aber von den Arbeitern abgelehnt wurde. Die Folge war, daß 200 plötzlich entlassen wurden.

Der Kampf der Grubenarbeiter in Silbo hat an Ausdehnung noch gewaltig zugenommen. Die Grubenbesitzer lehnen die Forderungen der Arbeiter scharf ab, unter denen eine starke Erhöhung des Lohnes steht. Die Eingänge zu den Gruben werden von Militär besetzt. — Ein Eisenbahnerstreik ist auf den Linien der Nordostbahngesellschaft in England ausgebrochen. Unter den Angestellten herrscht schon seit einiger Zeit eine große Erregung, die namentlich auf die schlechte Behandlung durch einige Oberbeamten zurückzuführen ist. Als nun ein Weichensteller, der sich weigerte, sich von einem Güterkippen zum anderen verfahren zu lassen, entlassen wurde, traten die Arbeiter in den Ausstand, an dem am Montag abend bereits 3000 Arbeiter beteiligt waren. Man befürchtete zunächst eine größere Ausdehnung des Streiks. Es gelang jedoch, eine Einigung herbeizuführen, so daß die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen. — Auch in Canada ist ein umfangreicher Eisenbahnerstreik ausgebrochen, der sich auf 5000 Angestellte erstreckt. Der Güterverkehr ruht fast vollständig, so daß das gesamte Geschäftsleben stark beeinträchtigt ist.

Die Kampfmittel der „Zielbewußten“ in Hamburg. Vor einigen Wochen mußten wir über einen Konflikt berichten, der zwischen unserem Hamburger Ortsverein der Holzarbeiter und der dortigen Zahlstelle des deutschen Holzarbeiterverbandes entstanden war. Es handelte sich um die Firma Steinway u. Söns. Die Verbändler wollten unsere Organisation gerne vernichten, indem sie die Firma zwingen wollten, daß sie alle ihre Arbeitskräfte nur vom Arbeitsnachweis des Holzarbeiterverbandes beziehen sollte. Diesen Terrorismus ließen sich unsere Kollegen nicht gefallen, und es glückte ihnen auch durchzusetzen, daß ihnen ebenfalls das Recht der Arbeitsvermittlung gewährt blieb. Nachdem die „Genossen“ so mit dem Terror nichts erreicht hatten, wendeten sie das Mittel der Lüge an und versendeten an alle Vertrauensleute des Verbandes in der Klavierindustrie folgendes Zirkular:

Deutscher Holzarbeiterverband
Klavierarbeiter Hamburg
Zentralkommission.

Hamburg, den 24. Juni 1910.

An die Vertrauensleute der Klavierarbeiter!
Werte Kollegen!

Bereits unter dem 25. Mai d. J. ging seitens der Zentralkommission der Klavierarbeiter ein Rundschreiben an, in welchem die Klavierarbeiter Deutschlands gewarnt wurden, sich für die Firma Steinway & Söns nicht anwerben zu lassen, obwohl unsere deutschen Kollegen, sei es gesagt, daß sie diese Warnung bisher befolgt haben. Nichts desto weniger sieht sich die Zentralkommission veranlaßt, auch abetmals eine dazugehörige Warnung zugeben zu lassen!

Der Grund der erneuten Warnung ist folgender: Während die Arbeiter bei der Firma wochenlang im Kampfe standen, ist es der Firma leider gelungen, aus verschiedenen Teilen Deutschlands eine Anzahl kirchlicher Gewerkschaften als Arbeitswillige zu bekommen. Die Betriebsleitung stellt nun die Zumutung an unsere Mitglieder, daß diese Elemente, die

sämtlich keine gelernten Klavierarbeiter sind, von der Mitgliedschaft unter dem Verbands bei Strafe sofortigen Entlassung angeleitet werden sollen und hat die Warnung bereits bei 9 Refonanzbodenmachern verwirklicht. Die 9 Kollegen sind entlassen. Kollegen! Tütet ihr das bei Leuten, die euch im Kampfe in den Rücken gefallen sind? Nein, ihr würdet ebenfalls eine solche Demütigung zurückweisen. Die Kollegen der genannten Firma stehen durch das Verhalten derselben vor einem neuen Kampfe. Da wir glauben annehmen zu dürfen, daß die Firma Steinway & Söns kein Mittel scheuen wird, ihren Willen durchzusetzen, so richten wir hiermit erneut die Mahnung an die Klavierarbeiter aller Branchen, vorläufig sich nach Hamburg überhaupt nicht in Stellung zu begeben. Kollegen! beweist, nur musterhaft organisierte Hamburger Kollegen eure Solidarität.

Die Zentralkommission
der Musikinstrumentenarbeiter Deutschlands.
NB. Wir ersuchen die Vertrauensleute um sofortige Bekanntgabe dieser Angelegenheit.

Wenn die Kollegen unsere wahrheitsgetreuen Schilderungen in den Nr. 44 und 47 lesen, werden sie erkennen, daß der Inhalt dieses Zirkulars frecher Schwindel ist. Unsere Hamburger Kollegen haben durchaus korrekt gehandelt. Die Verbändler aber waren im Unrecht, was ihnen nicht nur vom Gewerbegericht, sondern auch von der Schlichtungskommission im Hamburger Holzgewerbe ausdrücklich bestätigt worden ist. Wenn man eine gute Sache vertritt, braucht man weder Terror, noch Schwindelweisen anzuwenden!

Der Balken im eigenen Auge. In Frankfurt a. M. hat demnächst eine Reichstagswahl stattzufinden, da der bisherige nationalliberale Vertreter verstorben ist. Die Konservativen machen nun große Anstrengungen, den Wahlkreis, der früher schon in ihrem Besitz gewesen ist, zu erobern und haben, um auch aus Arbeiterkreisen möglichst viele Stimmen zu erhalten, Herrn Dunkel, den Vorsitzenden des evangelischen Arbeitervereins in Berlin, als Kandidaten aufgestellt. In liberalen Blättern wird nun behauptet, die Konservativen wollten dadurch ihre Arbeiterfreundlichkeit beweisen, daß sie einen Arbeiter aufstellen in einem Kreise, wo er keine Aussicht hat, gewählt zu werden. Das stimmt schon. Die Kandidatur Dunkel in Frankfurt a. M. bedeutet nur Sand in die Augen, denn an seine Wahl ist kaum zu denken. Die liberalen Blätter sollten mit derartigen Vorwürfen aber doch etwas zurückhaltender sein. Ist es denn mit den liberalen Arbeiterkandidaturen anders?

Der Zusammenschluß der Unternehmer und ihre Nützlichkeiten gegen die Arbeitererschaft machen von Jahr zu Jahr größere Fortschritte. Das geht auch aus dem Geschäftsbericht hervor, der in der letzten Mitgliederversammlung des Schuberbandes gegen Streikschäden, einer Gruppe der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, erlitten wurde. Wie der Syndikus Dr. Tänzler mitteilte, sind diesem Schuberbande zurzeit 6 Hauptverbände und 41 Unterverbände angeschlossen. Sie umfassen 2335 Betriebe mit 359 689 beschäftigten Arbeitern und einer Jahreslohnsumme von über 264 Millionen Mark. Das Geschäftsjahr war insofern ein ruhiges, als die Zahl der Streiktage nur 3616 betrug gegen 343 074 im Jahre 1908. Besonders hervorgehoben wurde, daß die Kasse des Schuberbandes ihre Verpflichtungen in vollem Umfange habe erfüllen können.

Gleichzeitig macht auch eine Notiz die Runde durch die Presse, daß zwischen dem deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und dem belgischen Arbeitgeberverband ein Kartellvertrag zur gegenseitigen Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen abgeschlossen worden sei. Derartige Verträge bestehen auch seit einiger Zeit bereits mit Oesterreich, der Schweiz, Dänemark, Schweden und Norwegen. Man sieht daraus, daß die Organisation der Unternehmer an den Landesgrenzen nicht Halt macht, sondern international sich über ganz Europa zu erstrecken strebt.

Wie weit sind doch dagegen die Arbeiter noch zurück! Nicht allein, daß Tausende von ihnen noch immer von der Organisation nichts wissen wollen, nein, auch die Organisierten sind uneinig und schlagen bei jeder Gelegenheit aufeinander los. Während das Unternehmertum fest geschlossen zusammensteht, bieten die Arbeiter dauernd das Bild der Uneinigkeit und Zerstückelung. Möchte daher in dieser Beziehung das Vorgehen der Unternehmer vorbildlich wirken und in der Arbeitererschaft zu besseren Verhältnissen beitragen!

Ueber die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Carl Reih in Jena macht Dr. Schomerus im „Arbeiterfreund“ interessante Mitteilungen. Die Zahl der von ihr beschäftigten Arbeiter ist von 82 im Jahre 1880 auf 2650 angewachsen. Die Firma, die von ihrem verstorbenen Inhaber Prof. Ernst

Abbe 1891 in eine unpersonliche Stiftung umgewandelt wurde, gewährt ihren Arbeitern, um sie am Geschäfte zu interessieren, eine Gewinnbeteiligung. Diese betrug im Jahre 1908-09 8 Prozent der Gehälter und Verdienste der Angestellten (300 000 Mark). Der Verdienst der Arbeiter beläuft sich zurzeit bei 48 Arbeitsstunden wöchentlich im Durchschnitt auf 31,70 Mark, ohne die Lohnnachzahlung. Mit den Nachzahlungen ergibt sich pro 1908-09 ein Jahresdurchschnittsverdienst von 1987 Mark für jeden über 24 Jahre alten und seit 3 Jahren im Betriebe tätigen Arbeiter. Finden Überstunden statt, so gewährt die Firma 25 Prozent Zuschlag des Arbeitslohnes an Werttagen, bei Arbeiten von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und an Sonntagen 50 Prozent; bei Arbeiten an Feiertagen, in die Woche fallend, 100 Prozent. Nach fünf Jahren ist jeder Arbeiter, ohne vorher irgend einen Beitrag bezahlt zu haben, pensionsberechtigt; es gibt Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenpension. Bei Sterbefällen wird unabhängig von der Pensionsberechtigung der Gehalts- und Lohnbezug ein Vierteljahr an die Hinterbliebenen weitergewährt. Jeder Arbeiter hat nach dreijähriger Dienstzeit, wenn er nicht schuldhaft zu seiner Entlassung Anlaß gibt, ein klagbares Recht auf eine Abgangsschädigung im Betrage eines Lohnes von 26 Wochen; bei einhalbjähriger Dienstzeit steht dies auch solchen Arbeitern zu, die wegen Arbeitsmangel entlassen werden. Des weiteren hat jeder 20 Jahre alte Arbeiter nach einjährigem Dienst Anspruch auf einen bezahlten Urlaub von 6 Tagen nebst Zuschlag von 10 Prozent nach 5, 20 Prozent nach 10 und 30 Prozent nach 20 Dienstjahren. Ueberdies hat er Anspruch auf eine zweite, unbezahlte Urlaubswoche. Der Gehalt wird außerdem fortgewährt an den gesetzlichen Feiertagen, bei notwendiger Veräumnis der Arbeit wegen Kontrollveranlassung, Feuerwehrdienst, bei Entbindung der Ehefrau, Umzug usw. Die Arbeiter bilden aus ihrer Mitte einen Arbeiterausschuß, der in allen aus dem Arbeitsverhältnis entspringenden Angelegenheiten allgemeiner Natur zuständig ist und von der Geschäftsleitung gehört werden muß.

Eine deutliche Abgabe an die Gelben bedeutet folgende vom sozialpolitischen Ausschuss des Nationalen Kartells der deutschen Gasthausangestellten veröffentlichte Erklärung:

„In einem Aufrufe des Ausschusses zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine nimmt dieser Förderungsausschuß die „Nationalen Gastwirtschaftsgehilfenverbände“ für sich und seine Bestrebungen in Anspruch. Demgegenüber haben wir zu erklären, daß wir zu diesem Ausschuss in keinerlei Beziehungen stehen. Gewiß sind wir national. Wir müssen uns aber eine Gleichsetzung mit den von diesen Seiten gleich scharf bekämpften „Gelben“, die in diesem Ausschuss eine große Rolle spielen, entschieden verbieten, und wenn die Mitglieder unserer Verbände auch zu einem großen Teile leider auf Trinkgelber im Verufe angewiesen sind, so sind ihre Organisationen doch zu stolz, um sich durch die Organisation der Förderungsausschüsse für politische und einseitige wirtschaftliche Interessen gewisser Arbeitergruppen einspannen zu lassen.“

Das ist deutsch!

Die Sozialpolitik in Frankreich macht neuerdings rüstige Fortschritte. Noch bevor das Parlament in die Ferien gegangen ist, hat der frühere Sozialdemokrat und jetzige Arbeitsminister Viviani eine Reihe von Vorlagen gemacht, von denen die eine die Einführung des 10 stündigen Maximalarbeitstages für Fabriken, Werkstätten, Baupläze, Bergwerke, Steinpläze usw. in Aussicht nimmt. Die Durchführung des Planes ist so gedacht, daß in den nächsten zwei Jahren die Arbeitszeit nirgends länger als 11 Stunden, nach zwei Jahren nicht länger als 10 1/2 Stunden und nach vier Jahren nicht länger als 10 Stunden betragen darf. Eine Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 12 Stunden soll nur an 60 Tagen im Jahre und vier bestimmte Industrien für 90 Tage gestattet sein. Für Reparaturen, bei Betriebsstörungen oder höherer Gewalt sollen ebenfalls Ausnahmen gemacht werden können.

Ein anderer Entwurf will die Ruhezeit in den offenen Verkaufsstellen und Bureaus regeln. Alle Angestellten sollen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden haben, die allerdings für bestimmte Betriebsarten auf 10 Stunden verkürzt werden darf. Nicht einbezogen werden in das Gesetz diejenigen Betriebe, die nur Familienmitglieder beschäftigen. Auf Antrag von drei Vierteln der beteiligten Unternehmer sollen die Gemeindeverwaltungen das Recht erhalten, die Schließung der Läden zu einer bestimmten Zeit anzuordnen.

Die übrigen von Viviani ausgearbeiteten Gesetzesentwürfe betreffen die Reform des Gewerbegerichtsgesetzes und die Regelung der Tarifver-

träge. Man erkennt daraus, daß Frankreich eifrig bemüht ist, auf sozialpolitischem Gebiete das nachzuholen, was es lange Zeit verjümt hat.

Konzentration der freiwilligen Bildungsbestrebungen. Die Gesellschaft für Verbreitung von Volkshildung (Berlin NW, Lübeckerstraße 6) hat sich an die Magistrate der größeren und mittleren Städte des Deutschen Reiches mit einem Anschreiben gewandt, in dem eine Konzentration aller freiwilligen Bildungseinrichtungen empfohlen wird. In dem Anschreiben wird ausgeführt, daß zwischen den Vereinen, die für die Fortbildung und Unterhaltung ihrer Mitglieder tätig sind, selbst in den kleinen Städten zu meist nur ein geringer oder überhaupt kein Zusammenhang besteht, so daß die Veranstaltungen vielfach miteinander konkurrieren, wodurch der Besuch beeinträchtigt wird und die Kräfte der Mitwirkenden sowie die materiellen Aufwendungen zerstückelt und zum Teil nutzlos verbraucht werden. Um diesem Uebelstande zu begegnen, empfiehlt die Gesellschaft, zwischen den Vereinen einen gewissen Zusammenhang herzustellen und, soweit möglich und zweckmäßig, ein gemeinsames Vorgehen herbeizuführen. Die Gesellschaft macht für dieses Vorgehen eine Reihe von Vorschlägen, die Berufung erster Vortragkräfte für Belehrung und Unterhaltung, die Veranstaltung erstklassiger volkstümlicher Konzerte und Aufführungen, die Einrichtung umfangreicher Bibliotheken, die Beschaffung bester Versuchsausrüstungen und Lehrmittel usw. betreffend. Die Magistrate werden ersucht, die Angelegenheit in geeigneter Weise zu fördern, insbesondere durch Einsetzung eines Bildungsausschusses aus Mitgliedern der Vorstände der beteiligten Vereine. Die Gesellschaft stellt ihre Hilfsmittel und Kräfte hierbei zur Verfügung, auf Wunsch auch einen Referenten, der für die praktische Durchführung der Maßnahmen Anleitung zu geben in der Lage ist.

Die Anregung hat bei einer großen Zahl von Magistraten, besonders aber bei interessierten Bildungvereinen eine beifällige Aufnahme gefunden, und es dürfte eine Kräftigung der oft stark zerstückelten und dann wenig leistungsfähigen Volkshildungsbestrebungen zu erwarten sein.

Gewervereins-Teil.

Unterstützung. In der von der Obmannschaft des alten Württembergischen Eisenbahnerverbandes am Sonntag, den 17. Juli, einberufenen Versammlung erstattete Kollege Eisele Bericht über die im Württemberg am 11. Juni stattgefundene Generalversammlung, besonders über den Anschluß des alten Eisenbahnerverbandes an die Deutschen Gewervereine (Girsch-Dunder). Neben den zahlreich erschienenen Eisenbahnern hatten sich auch die Kollegen des Ortsverbandes der Deutschen Gewervereine Stuttgart-Gannstatt eingefunden, um den Bruderverein zu begrüßen. Der Redakteur Kollege G. Leich auf Berlin besprach sodann in leicht verständlicher Weise die Vorgänge einer Berufs- und Standesorganisation und schloß die

Erfolge, die der alte Verband seinen Mitgliedern während seines 11 jährigen Bestehens errungen hat, um dann auf die Vorgänge in letzter Zeit einzugehen, in der die Christlichen alles aufboten, den alten Verband zu sprengen.

Der Fehler der hier von jener Seite an der Berufsorganisationsbewegung gemacht worden ist, sei wohl kaum mehr gut zu machen. Auch die zum Teil an den Parteien beigezogenen Gründe, die zur Gründung des neuen Verbandes geführt haben, kritisierte Redner scharf und bedauerte vor allem, daß dieses neue Gebilde sich noch mit dem Namen „Christlich“ deckt. Redner schloß seine Ausführungen mit einem warmen Appell zu treuem Zusammenhalten, um die Interessen der Eisenbahnbeamten wirksam zu fördern.

In der sich anschließenden Diskussion wurden die Ausführungen des Redners lebhaft unterstützt. Besonders begrüßte der Ortsverbandsvertreter die neuen Kollegen und sicherte ihnen in gegenwärtiger Kampfe volle Unterstützung zu.

Im Anschluß an diese Versammlung fand eine Ortsverbandsversammlung statt, in der unser langjähriger Kollege Heindel-Gannstatt seine Erkenntnisse in Mexiko vom Vortrag brachte. Lange noch blieb man dann mit den neuen Kollegen der Eisenbahner gemütlich zusammen. G. K e p p e l e r, Ortsverbandschriftführer.

Verbands-Teil.

An die Ortsverbandskassierer!

Trotz wiederholter Mahnungen im „Gewervereiner“ ist auch jetzt noch ein erheblicher Teil der Ortsverbandskassierer mit der Abrechnung über die zum Verkauf zugesandten Verbandsadressenverzeichnisse im Rückstande. Mit einer geordneten Kassenverwaltung läßt sich das nicht vereinbaren. Es wird deshalb hiermit noch einmal dringend darum ersucht, daß endlich das Verjümt nachgeholt wird und die Ortsverbandskassierer, welche noch nicht abgerechnet haben, umgehend die Beträge einfinden.

R. K l e i n, Verbandskassierer.

Bersammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewervereine (G.D.). Verbandshaus der Deutschen Gewervereine, Greifswalderstr. 221-223. Während der Sommermonate fallen die Sitzungen des Distriktsklubs aus. — **Gewervereins-Vereinstafel (G.V.).** Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr, Lehnungsstunde im Verbandskaufe der Deutschen Gewervereine (Grüner Saal). Gäste willkommen. — **Sonntagsabends, 23. Juli. Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Die Versammlung fällt aus. Dafür am 25. Juli, abends 8-10 Uhr, Jubiläum im Verbandskaufe. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII.** Die Versammlung fällt wegen des Sommerfestes in der Neuen Welt aus. Montag, 25. Juli, abends 8 Uhr, Jubiläum Schönhauser Allee 65. —

Orts- und Bezirksverbände.

Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat bei Kolbe, Berlinerstraße 120. — **Duisburg (Distriktsklub).** Jeden 1. und 3. Sonntagabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Gassenkamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsabend. — **Häfelborn (Volkswirtschaftsklub).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandskaufe, R. Kurfürstenstr. 29, Sitzung. —

Frankfurt a. M. (Ortsverband). Sonntag, 31. Juli, Sommerfest im Garten und den Lokalitäten zum „Schwanen“, Leipzigerstr. 85. Festrede des Landtagsabgeordneten und Stadtrats Dr. Fiesch. — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband-Vereinstafel, vormittags 10 Uhr, im Bezirksklub E. Simon, Alter Markt. — **Laarzen b. Nachen.** Jeden 3. Sonntagabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Lubewitz. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz. in Hütmanns Hotel, Poolstr., Distriktsstunde. — **Hersloh (Distriktsklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Döhr. — **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant Vater Kolping, Elfergasse. — **Leipzig (Gewervereins-Vereinstafel).** Die Lehnungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinsklub Stadt Hannover, Seeburgr. 25, statt. Gäste und stimmungsbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **M.-Glabbach (Sängerklub der Deutschen Gewervereine).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 9 Uhr, b. Herrn Joh. Janzen, Krefelderstraße 333. Jeder Kollege herzlich willkommen. — **Mühlheim-Nahe (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreter-Sitzung beim Hirt Joh. Köller, Sandstraße 33. — **Stettin (Sängerklub der Gewervereine).** Die Lehnungsstunden finden jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Redel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — **Ziegel (Distriktsklub für Ziegel, Porzellan und Steinindustrie).** Sitzung jeden Dienstag abends von 8 bis 10 Uhr bei Redner, Berlinerstr. 38. Gäste willkommen. — **Weißensels a. E. (Verbandsabteilung der Gewervereine).** Lehnungsstunde jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinsklub „Schwetterhaus“, Schützenstraße. — **Siegländische Gewervereinskolleg a. Weitz willkommen. —** **Weißensels (Distriktsklub der Gewervereine).** Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schwetterhaus“.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Oberhausen. Bureau des Gewervereins der Bergarbeiter, Oberhausen (Mhd.), Mühlheimerstr. 277.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht. — **Die Streitversicherung in Deutschland und Frankreich.** Von Dr. G. Gorman (Soziale Tagesfragen 36. Heft) 48 Seiten. M.-Glabbach 1910, Volkswirtschafts-Verlag, 60 Pf., postfrei 70 Pf. — **Das preussische Einkommensteuergesetz,** seine wichtigsten Bestimmungen für Arbeiter, Angestellte und Hauseigentümer. Verlag der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung, G. m. b. H. in M.-Glabbach. 36 Seiten 80 1910. Preis 30 Pf., postfrei 35 Pf. — **Die Wohnung des Arbeiters.** Arbeiter-Bibliothek, 12. Heft. 1. bis 10. Aufl. 68 Seiten 80. Preis 40 Pf., postfrei 50 Pf. Verlag der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung, G. m. b. H. in M.-Glabbach 1910. — **Das Stellenvermittlungsgesetz vom 2. Juni 1910.** Von Victor Gzessny. Geb. in Leinen 1,50 Mt. Verlag von Franz Vahlen in Berlin.

Briefkasten.

F. N. Frankfurt a. M. Da es laut Verbands-tagsbeschluss nicht zulässig ist, Festberichte im „Gewervereiner“ zu veröffentlichen, dürfen auch längere Anträge von Seiten nicht aufgenommen werden. Nur im Verbandskalender kann und wird darauf auch in diesem Falle hingewiesen werden.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Medizinalverband für die Mitglieder der Deutschen Gewervereine (G.D.) und deren Angehörigen in Berlin und dessen Vororten.

General-Versammlung

am Sonntag, den 14. August 1910, Vormittags 9 1/2 Uhr, Greifswalderstraße 221-223.

Tages-Ordnung: Kassen- und Revisionsbericht. Verschiedenes. Der Vorstand.

E. Schölkauer, Vorsitzender.

S. Körner, Schriftführer.

Wittich (Ortsverb.). Banden der Kollegen erhalten Besprechungskarten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinstaffleren, Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer W. Kirsch, Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslose Kollegen, welche hieher kommen und wegen Arbeit Umschau halten, aber nicht wieder abreisen, erhalten ein Geschenk von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandskassierer.

Brandenburg a. S. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgeschenk von 50 Pfg., Sonntag und Feiertag 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer F. Reimann, Schmollnerstraße 12.

M.-Glabbach-Nehde (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten jeden Berufes erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung im Gewervereinsbureau, Ruppertstraße 180. Dasselbe auch Arbeitsvermittlung sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten kostenlos an jedermann.

Saarbrücken (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei den Ortsvereinstaffleren oder im Sekretariat Saarbrücken I. Am Markt 18.

Wanne (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsgeschenk von 75 Pfg. beim Kol. G. Linn Hartke, Wanne, Sulfenstraße 2.

Wagbeurg (Gauhandwerker). 75 Pfennig im Bureau, Katharinenstraße 2/3 II.

Halle a. S. (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Mark Reiseunterstützung beim Wanderkassierer Taube, Leipzigerstr. 98 H., oder freies Nachtquartier und Frühstück in der Verbandsberberge (Bäckereinnungshaus) am Hospitalplatz.

Forst i. L. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Besprechungskarten bei August Müller, Bruchstr. 6 I. Mittags von 12-1, abends von 7-8 Uhr.

Eibing (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Reiseunterstützung beim Ortsverbandskassierer G. Kollert, Sternstraße 41.

Spanbau (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis befindet sich Moikestraße 6, Restaurant zum „Rücklichen Zelt“, Fernsprecher Nr. 558. Dasselbe erhalten auch durchreisende Kollegen Karten im Werte von 75 Pfennig.

Wenzels (Ortsverb.). Durchreisende erhalten 50 Pfg. bei Aug. Reimert, Friedrichstraße 36.

Jeder Befechter unserer Gewervereinsidee

muß sich nachstehende Broschüren anschaffen:

Das Programm des Verbandes der Deutschen Gewervereine und die Forderungen der einzelnen Gewervereine. Der Preis der Schrift beträgt für Gewervereiner für 1 Exemplar 15 Pfg., 5 Exemplare 70 Pfg., 10 Exemplare 1,20 Mt., 50 Exemplare 5 Mt., 100 Exemplare 9 Mt.

Tätigkeit und Entwicklung der Deutschen Gewervereine und ihres Verbandes 1907-1910. Der Preis der Schrift beträgt für Mitglieder für 1 Exemplar 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 8,50 Mt., 100 Exemplare 6 Mt.

Bestellungen werden nach Eingang des Betrages für die Broschüre sofort erledigt. Uebendungen (bei kleineren Beträgen in Briefmarken) an Kollegen K u b o l f K l e i n, Berlin N D 55, Greifswalderstr. 221/23

Erfurt. An durchreisende Kollegen wird eine Unterstützung von 0,75 Mt. durch den Ortsverbandskassierer August Seiffenrieder, Gangebrücke 61, gezahlt.

Eibing (Ortsverband). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten an Reiseunterstützung 75 Pfg. bei F. Zimmermann, Thälstraße 36.

Fosen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstützung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinstaffleren und bei Friedrich Ehrlich, Breslauerstr. 20.

Essen (Nahe). Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Besprechungskarten im Gewervereinsbureau, Brohnaufstraße 58